

Die Zukunft des Semestertickets – das bist DU!

Das Semesterticket konnte für das Wintersemester 2004/05 gesichert werden. Allerdings nicht ohne Zugeständnisse: Um den momentanen Preis von 115 EUR für das Wintersemester 2004/05 zu erhalten, mussten sich die Studierendenschaften bereit erklären, eine Urabstimmung über das Preisangebot des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) durchzuführen.

Wie konnte es bloß dazu kommen?

Um überhaupt die Einführung eines Semestertickets ermöglichen zu können, brauchte es seinerzeit die Unterstützung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung: Sie musste den Preis auf 109 EUR festsetzen. Anschließend sollte nach einer Einführungsphase eine Nachkalkulation des Preises durchgeführt werden. Schon damals konnte keine Einigkeit zwischen den Verkehrsunternehmen und den Studierendenschaften erzielt werden, weil eine umsatzzahlenbasierte Errechnung des Preises nicht möglich war. Denn wie soll man sachgemäß ermitteln, inwiefern Studierende Azubi-Tickets, Wochen-, Tageskarten oder Einzelfahrscheine nutzen? Die Studierenden verschwinden in diesen Tarifen. Deshalb wurde vertraglich geregelt, dass die Verkehrsunternehmen zusammen mit den Studierendenschaften aller beteiligten Hochschulen eine gutachterliche Nachkalkulation anfertigen lassen. Genau heißt es im Vertrag: „Hierzu beauftragen die Vertragsparteien einen neutralen Gutachter, dessen Kosten zur Hälfte von den Verkehrsunternehmen und zur Hälfte durch die Studierendenschaft getragen werden. Die Grundlagen der gutachterlichen Betrachtung werden im Einvernehmen zwischen der Studierendenschaft, dem VBB und den Verkehrsunternehmen festgelegt“

Zu diesem Einvernehmen ist es allerdings nie gekommen. Die Verkehrsunternehmen bestanden darauf, dass in der gutachterlichen Betrachtung die sogenannten Bartarife (also Einzelfahrscheine, Tages- und Wochenkarten) berücksichtigt werden. Die Studierendenschaften haben dies stark problematisiert, weil man mit solch einer Betrachtung wieder am Anfang steht. Auch nach Einführung des Semestertickets lassen sich hierzu keine verlässlichen Zahlen ermitteln. Vielmehr soll es darum gehen, die Einnahmen durch das Semesterticket den Umsatzverlusten der Azubi-Tickets gegenüber zu stellen. Annahmen über das Nutzungsverhalten der Studierenden im Bartarif sollen keinen Schwerpunkt darstellen. Die Zeiten der großen Annahmen und Schätzungen sollen denen der harten Zahlen weichen. Anstatt einer Einigung folgte der Alleingang der Verkehrsunternehmen: Sie gaben das Gutachten ohne Beteiligung der Studierendenschaften nach ihren Vorstellungen in Auftrag.

Das Ergebnis dieses Gutachtens beruht also nicht auf der Bewertung der Umsatzzahlen, sondern auf theoretischen Annahmen über das Nutzungsverhalten der Studierenden im öffentlichen Personennahverkehr. Damit ist natürlich viel Raum für Spekulationen gegeben.

Nachdem sich die Studierendenschaften die Einsicht in dieses Gutachten erstritten hatten, wurde nachvollziehbar, was vorher Vermutung war: Es wurden nicht nur unglaubwürdige Annahmen zum Nutzungsverhalten der Studierenden getroffen, es ließen sich auch methodische Rechenfehler finden. Auf den Zahlen des Gutachtens basierend haben Mitglieder der Länderkoordination Semtix Berlin-Brandenburg (Zusammenschluss der Semesterticketbeauftragten aller beteiligten Hochschulen) eine eigene Rechnung gemacht:

Allein die Korrektur der Rechenfehler ergibt eine Reduzierung des Preises auf 120,24 EUR. Eine Relativierung der Annahmen zum Bartarif ergibt eine preisliche Spanne von minimal 87,29 EUR und maximal 118,49 EUR. Dies bedeutet im Klartext: Jeder Euro, der über 118,49 EUR hinausgeht, ist reiner Gewinn für die Verkehrsunternehmen.

Mittlerweile ergab sich ein massives Zeitproblem. Um das Verfahren der Rückmeldung einhalten zu können, brauchten die Studierendenschaften eine verbindliche Regelung mit den Verkehrsunternehmen, denn sonst kann die Hochschulverwaltung das Semesterticket nicht umsetzen. Nach einer Mobilisierung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung war es möglich, die Verkehrsunternehmen für das Wintersemester 2004/05 auf 115 EUR zu drücken.

Aber wo soll das alles hinführen?

Auch den Verkehrsunternehmen wurde klar, dass mit dem Gutachten bei den Studierendenschaften kein Blumentopf zu gewinnen ist. Also nutzen sie das Zeitproblem mit den Hochschulverwaltungen aus und zwangen die Studierendenschaften zur nun anstehenden Urabstimmung.

Das Preispaket der Verkehrsunternehmen sieht so aus: 141 EUR zum Sommersemester 2005, Preisanpassung von 3% zum Sommersemester 2006 (145 EUR) und eine weitere von 3 % zum Sommersemester 2007 (149,50 EUR). Zum Sommersemester 2008 soll ein neuer Vertrag ausgehandelt werden. Ausgehend von ca. 125.000 Studierenden bedeutet dies insgesamt einen Reingewinn von ca. 6 Mio. EUR jährlich. Von einer Kostenneutralität, so wie sie einst als Bedingung für das Semesterticket vorgesehen war, sind wir also weit entfernt.

Die Zukunft des Semestertickets liegt in Euren Händen. Stimmt Ihr für diesen Preis, besteht keine Möglichkeit, den Preis für das Semesterticket neu zu verhandeln. Ihr seid dann gezwungen diesen überhöhten Preis zu bezahlen. Die Planungssicherheit bis März 2008 ist eine Mogelpackung für den Versuch einer Sanierung von Finanzlöchern der Verkehrsunternehmen, die auf die Studierenden abgewälzt werden soll. Stimmt Ihr gegen diesen Preis, begeben wir uns zwar wieder in eine ungewisse Situation, aber in eine mit Verhandlungsoption.

Das Semesterticket ist vor allem deshalb für die Studierendenschaften wichtig, weil es eine soziale Einrichtung für Studierende ist, die die notwendige Mobilität in Berlin gewährleistet. Das Semesterticket funktioniert nur nach dem Solidarprinzip: alle zahlen, für alle wird das Fahren billiger. Dieses Konzept geht nicht auf, wenn es lautet: alle zahlen drauf, die Verkehrsunternehmen verdienen Millionen. Das Semesterticket ist ein Ticket für Studierende, nicht für gewinnsüchtige Unternehmen.